

Nach dem Atomtest: Der externe Druck auf Nordkorea nimmt zu

Johannes Gerschewski und Patrick Köllner

Nach dem Atomwaffentest Nordkoreas am 9. Oktober 2006 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1718. Damit sprach er zum ersten Mal in seiner Geschichte Wirtschaftssanktionen gegen das nordkoreanische Regime aus.

Analyse:

Mit dem Atomwaffentest hat sich Nordkorea wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gedrängt. Das weltweit letzte totalitäre Regime hat intern immer mehr mit Legitimationsdefiziten zu kämpfen, während der äußere Druck zunimmt. Während Japan die harte Linie der Vereinigten Staaten gegenüber Nordkorea unterstützt, zeigen sich Südkorea, China und Russland weiterhin zurückhaltend.

- Nordkoreas Führer Kim Jong Il stützt angesichts der wirtschaftlichen Talfahrt des Landes seine Macht zunehmend auf das Militär. Das Regime hat in den letzten Jahren mit Erosionserscheinungen zu kämpfen, vor deren Hintergrund der Atomwaffentest gesehen werden muss.
- Die Führung in Pyongyang hat – mit unterschiedlichen Ergebnissen – wirtschaftliche, politische und militärische Reaktionsmuster entwickelt, um dem externen Druck auf das Regime zu begegnen.
- Die jüngsten Wirtschaftssanktionen stellen den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, auf den sich die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einigen konnten. Die unterschiedlichen Interessen der betroffenen Regionalmächte, die ihre nationalen Anliegen noch immer über eine harmonisierte Herangehensweise stellen, schränken die Wirkkraft der Maßnahmen ein.

Keywords: Nordkorea, Atomwaffen, Vereinte Nationen, Sanktionen

1. Hintergrund: Entwicklungstendenzen Nordkoreas seit Anfang der 1990er Jahre

Nordkorea ist das letzte totalitäre Regime weltweit. Nach dem Ableben des unumstrittenen Führers Kim Il Sung 1994, der die Geschicke des Landes praktisch seit dessen Staatsgründung 1948 diktatorisch gelenkt hatte, wurden dem nordkoreanischen Regime nur geringe Überlebenschancen bescheinigt. Kim Jong Il, der seit Jahrzehnten als Nachfolger aufgebaut worden war, erbt die Macht seines Vaters. Er besitzt allerdings nicht dessen charismatische Ausstrahlung.

Anfang/Mitte der 1990er Jahre war Nordkorea zudem mit enormen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Mit dem Wegfall des einst wichtigsten Handelspartners, der Sowjetunion, und dem zunehmend kapitalistischen Kurs Chinas, das 1993 den Tauschhandel mit Nordkorea beendete und die Bezahlung durch harte Devisen einforderte, entstanden auf nordkoreanischer Seite erhebliche Versorgungslücken im Energiesektor. Infolge von Überflutungen 1995 und 1996, die hauptsächlich auf Übernutzung des Bodens, übermäßigen Gebrauch von Dünger und Entwaldung zurückzuführen waren, brach auch die landwirtschaftliche Versorgung zusammen. Dies führte zu verheerenden Hungersnöten, in deren Folge bis zu zwei Millionen Menschen umkamen, d. h. ein Zehntel der Bevölkerung. Die zentrale Planwirtschaft Nordkoreas hat sich in jüngerer Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisiert. 2005 betrug das geschätzte Bruttoinlandsprodukt rund 21 Mrd. US\$ und das gesamte Handelsvolumen (inkl. innerkoreanischer Handel) knapp 4 Mrd. US\$. Pyongyang ist nicht in der Lage, seine eigene Bevölkerung zu ernähren, und ist auf ausländische Hilfslieferungen in der Größenordnung von etwa 1,5 Mio. Tonnen Reis pro Jahr angewiesen. Die größten Geber sind dabei Südkorea und China.

Die Macht des nordkoreanischen Führers Kim Jong Il scheint dennoch gefestigt und nicht ernsthaft herausgefordert zu sein. Kim hat eine Reihe von Ämtern inne, darunter den Vorsitz der Nationalen Verteidigungskommission (NVK), womit er den Oberbefehl über das Militär besitzt. Er hat 1998 die interne Hierarchie dahingehend geändert, dass die NVK dem traditionellen Machtzentrum, dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit Nordkoreas, dessen Generalsekretär er ist, übergeordnet wurde. Dabei hat er alte Partei- und Regierungskader

durch loyale Militärs ersetzt. De facto ist Kim der mächtigste Mann Nordkoreas, auch wenn de jure sein Vater infolge einer Verfassungsänderung aus dem Jahr 1998 der „ewige Präsident“ bleibt.

Der jüngere Kim stützt seine Macht vorwiegend auf das Militär, dessen gesellschaftliche, wirtschaftliche und gesamtstaatliche Bedeutung seit dem Amtsantritt Kim Jong IIs stark aufgewertet wurde. Ideologisch fundiert wird diese Entwicklung mit der „Militär-zuerst-Politik“, die auf ihn zurückgeht und die traditionelle Juche-Ideologie seines Vaters modifiziert. Letztere kann als Amalgam verschiedener Einflüsse (Marxismus-Leninismus, Maoismus, Konfuzianismus, extremer Nationalismus) beschrieben werden; betont wird die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes.

Im September 2002 wurde die typisch sozialistische, wirtschaftspolitische Doktrin „Entwicklung der Schwerindustrie zuerst“ in „Entwicklung der Verteidigungsindustrie zuerst“ umgewandelt. Die bewusste Betonung der „Militärökonomie“ stellt eine politische Entscheidung dar, die in allokativer Hinsicht Ineffizienz und in distributiver Hinsicht die einseitige Bevorzugung der militärischen Elite zu Ungunsten der Zivilbevölkerung zur Folge hat. Der militärischen Aufrüstung wird Priorität eingeräumt. Sie soll das Überleben der Nation garantieren. Das Militär übernimmt immer mehr innenpolitische Funktionen und soll der Bevölkerung als Vorbild dienen. Es garantiert zudem die Effektivität des staatlichen Repressionsapparates. Dieser funktioniert noch immer, obgleich steigende Flüchtlingszahlen Erosionserscheinungen anzeigen.¹

Auch wenn die Ausrüstung des nordkoreanischen Militärs als veraltet angesehen werden muss, besitzt es mit über 1,1 Mio. Soldaten weiterhin die fünftgrößte Armee der Welt. Es verfügt über etwa 800 Kurz- und Mittelstreckenraketen. Der Entwicklungsstand der zuletzt im Juli 2006 getesteten Langstreckenrakete Taepodong 2 ist umstritten. Mit dem Test einer Atomwaffe am 9. Oktober 2006 ist Nordkorea das nunmehr neunte Mitglied im Kreis der Nuklearmächte, womit Kim seine Legitimationsbasis in der Bevölkerung

¹ Die Zahl der in Südkorea registrierten Flüchtlinge stieg von 9 (1990) auf 1.894 (2004, Höchststand) an. Bis Juli 2006 wurden im Süden der Halbinsel 8.741 Flüchtlinge aus Nordkorea aufgenommen. Geschätzte 10.000 Nordkoreaner warten in der VR China auf eine Fluchtmöglichkeit nach Südkorea (ICG 2006).

und im Militär erweitert hat. Kim Jong Il verfügt über keine eigene militärische Erfahrung und versucht sich den Rückhalt des Militärs zu sichern, indem er ihm Priorität einräumt. Er wird seit dem Test als „größter Nationalheld“ und „willensstärkster und brillantester Kommandeur“ gefeiert, der das kleine Nordkorea so mit militärischen Kapazitäten ausstatten konnte, dass dessen Überleben trotz ständiger Bedrohung gesichert ist.

2. Externer Druck auf Nordkorea

In Reaktion auf den Atomtest hat der UN-Sicherheitsrat Wirtschaftssanktionen beschlossen. Damit greift er zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einer derartigen Maßnahme, um den Provokationen des nordkoreanischen Regimes zu begegnen.

Von Seiten der USA wurden schon 1950, kurz nach dem Überfall Nordkoreas auf den Süden der Halbinsel, Sanktionen gegen Nordkorea verhängt. Es wurde ein vollständiges Exportembargo erlassen. Im Rahmen einer Überarbeitung der US-amerikanischen Exportverwaltungsbestimmungen wurde Nordkorea 1965 als Land der Gruppe „Z“ eingestuft, auf welche die schärfsten Restriktionen angewendet werden. 1989 wurden die Restriktionen teilweise gelockert und zehn Jahre später verfügte der damalige US-Präsident Clinton die Aufhebung der meisten Handels- und Reisebeschränkungen. Dies war eine Reaktion auf die Einstellung nordkoreanischer Raketentests; die Sanktionierung Nordkoreas wurde damit an die Proliferationsfrage gekoppelt.

Unter Präsident George W. Bush wurde die Gangart gegenüber Nordkorea wieder verschärft. Ende 2005 forr man im Anschluss an international kaum beachtete nordkoreanische Raketentests zunächst die Konten einer in Macau ansässigen Bank ein, die der Geldwäsche beschuldigt wurde. Danach folgten die Konten von acht nordkoreanischen Firmen und im März 2006 die US-Konten zweier Schweizer Firmen, denen man Verbindungen zum nordkoreanischen Massenvernichtungswaffenprogramm unterstellte. Die US-Regierung hat einen direkten Zusammenhang dieser Maßnahmen mit den seit 2003 laufenden Sechsparteien-Gesprächen (USA, China, Russland, Japan, Nord- und Südkorea) zur Lösung der Nuklearkrise oder zur Aufhebung des Raketenmoratoriums, das sich Nordkorea selbst auferlegt hatte, bisher jedoch stets bestritten.

Die wichtigsten Wirtschaftssanktionen der USA umfassen das Verbot des Handels (und damit zusammenhängender Transaktionen) mit Gütern, welche die nationale Sicherheit betreffen. Alle nordkoreanischen Produkte dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch das *Office of Foreign Assets Control* direkt in die USA oder über Drittstaaten importiert werden. Seit dem Abschuss eines Passagierflugzeuges 1987 gilt Nordkorea als staatlicher Unterstützer des internationalen Terrorismus und ist als solcher starker Einschränkung der diplomatischen Beziehungen unterworfen. Die USA haben ihre Beziehungen zu Nordkorea (im Gegensatz zu 24 der 25 EU-Staaten) bis heute nicht normalisiert. Gleichzeitig wird Pyongyang der Zugang zu internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) verwehrt.

Auch in politischer Hinsicht üben die USA verstärkt Druck auf Nordkorea aus. Im Herbst 2004 verabschiedete der US-Kongress den *North Korean Human Rights Act*, der nichthumanitäre Hilfe an „substanzielle Fortschritte in Menschenrechtsfragen“ koppelt. Zudem sieht er Ausgaben in Höhe von 24 Mio. US\$ vor, um die Menschenrechte, demokratische Grundsätze und Informationsfreiheit in Nordkorea zu fördern und in China lebende Nordkoreaner finanziell zu unterstützen. Den im Ausland lebenden Nordkoreanern wird überdies das Recht zugesprochen, Asyl in den USA zu beantragen. Für die Umsetzung wurde ein Sonderbeauftragter des US-Außenministeriums bestellt, Nichtregierungsorganisationen werden am Prozess ebenfalls beteiligt. Verbale Verurteilungen und Stigmatisierungen Nordkoreas gehören seit Januar 2002, als Nordkorea von George W. Bush zur „Achse des Bösen“ dazugezählt wurde, zur offiziellen Rhetorik der US-Regierung. So bezeichnete Außenministerin Condoleezza Rice Nordkorea 2005 als einen „Vorposten der Tyrannei“ und in der aktuellen *National Security Strategy* ist Nordkorea ebenfalls als „Tyrannei“ aufgeführt, die gekennzeichnet sei von Brutalität, Armut, Instabilität, Korruption und dem Leiden der Bevölkerung unter despotischer Herrschaft.

Ähnlich äußert sich heute auch Japan zum nordkoreanischen Regime. Die japanische Regierung hatte sich traditionell zurückgehalten, nimmt jedoch in jüngster Zeit eine immer aktivere Rolle gegenüber Nordkorea ein. Als Pyongyang sich 2000 bemühte, den Status eines Unterstützers des

internationalen Terrorismus abzuschütteln, scheiterte dies maßgeblich am japanischen Protest. Tokyo verhängte bereits nach den Raketentests vom Juli 2006 Strafmaßnahmen gegen Pyongyang und setzte nach dem Atomtest vom Oktober umfassende bilaterale Wirtschaftssanktionen ein. Diese schließen ein Importverbot aller nordkoreanischen Güter, ein Anlegeverbot nordkoreanischer Schiffe in japanischen Häfen und das prinzipielle Einreiseverbot ein.

Südkorea reagierte demgegenüber viel verhaltener. Im Rahmen einer innerkoreanischen Einbindungspolitik bemüht sich Seoul seit Ende der 1990er Jahre, Kanäle zum Norden der koreanischen Halbinsel zu öffnen. Man ist derzeit nicht bereit, diese zu Gunsten einer härteren Linie gegenüber Pyongyang aufzugeben. Damit belastet man jedoch die Allianz mit den USA. Obgleich Nordkorea das ursprüngliche Prinzip der Gegenseitigkeit oftmals durchkreuzt und Südkorea zu einem außenpolitischen Spagat gezwungen hat, ist es fraglich, in welchem Maße Seoul bereit ist, Druck auf Pyongyang auszuüben. Südkorea ist mit China der größte Einzelgeber humanitärer Hilfe und zweitwichtigster Handelspartner Nordkoreas, so dass es über genügend Hebel verfügen würde, um den Druck auf Nordkorea zu erhöhen.

China hat ebenso eine Schlüsselposition inne. Es gilt aufgrund der gemeinsamen historischen Erfahrungen, ideologischer Affinität und geographischer Nähe als letzter Verbündeter Nordkoreas. 2003 hat China Südkorea offiziell als wichtigsten Handelspartner Nordkoreas abgelöst und ist heute einer der maßgeblichen Garanten für dessen Überleben. Obgleich der Beistand nicht mehr bedingungslos ist und mit der zweiten Nuklearkrise die Allianz mit der DVRK immer stärker zu einer Bürde für China geworden ist, federt Beijing den Druck auf Nordkorea noch immer deutlich ab.

Die EU hat in den letzten Jahren den politischen Druck auf Nordkorea erhöht. Im Juni 2006 verurteilte das Europäische Parlament die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea. 2003 hatte die EU bereits eine diesbezügliche Resolution in die UN eingebracht, die von der UN-Menschenrechtskommission angenommen worden war. Zwei Jahre später folgte mit der Resolution 60/173 auch die UN-Generalversammlung, die „ernste Bedenken“ gegenüber der destruktiven Haltung der Staatsführung sowie der „weit verbreiteten und schweren“ Menschenrechtsverletzungen im Land äußerte und die nordkoreanische Regierung

zur Einhaltung der Menschenrechte und grundlegender persönlicher Freiheiten aufforderte.

Der UN-Sicherheitsrat hingegen hat Nordkoreas Verhalten selten mit weiter reichenden Konsequenzen verurteilt, was vorrangig an den beiden Fürsprechern Nordkoreas im Sicherheitsrat, China und Russland, lag. Während die nach den Raketentests vom 4. Juli 2006 verabschiedete Resolution 1695 wirkungslos blieb, änderte sich das Bild nach der jüngsten nuklearen Provokation. China hatte bereits Anfang der 1990er Jahre seine ablehnende Position gegenüber einer nuklearen Bewaffnung Nordkoreas betont und hat nun erstmals Wirtschaftssanktionen im Rahmen der UN zugestimmt.

3. Die Wirtschaftssanktionen der UN gegenüber Nordkorea

In der Resolution 1718 vom 14. Oktober 2006 äußerte der UN-Sicherheitsrat „tiefste Besorgnis“ über den Atomtest. Die Mitglieder des Sicherheitsrats einigten sich auf einen Kompromisstext, der einstimmig angenommen wurde. Dieser nimmt zwar Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta, explizit jedoch nur auf Art. 41. Kapitel VII umfasst eine breite Palette von Interventionsinstrumenten, die von Wirtschaftssanktionen bis zu einem militärischen Eingreifen reichen. Dass man im nordkoreanischen Fall Letzteres ausgeschlossen hat, geht auf das Insistieren Chinas und Russlands zurück. Diese beiden Staaten haben wiederholt einen weiter reichenden Resolutionsentwurf abgelehnt, der von den USA und Japan favorisiert wurde.

Die Resolution fordert von Nordkorea, dass es seine Nuklear- und ballistischen Raketenprogramme vollständig, verifizierbar und unumkehrbar beendet sowie ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch der Sechs-Parteien-Gespräche zurückkehrt. Folgende Wirtschafts- und Finanzsanktionen werden in der Resolution genannt:

- Der Handel mit bestimmten konventionellen militärischen Rüstungsgütern (Kampfpanzer, -flugzeuge, -hubschrauber und -schiffe, Artilleriesysteme sowie Raketen und Raketensysteme) wird untersagt.
- Ebenso untersagt wird der Handel mit allen Gegenständen, Stoffen, Ausrüstungen, Gütern und Technologien, die in Zusammenhang mit dem Nuklear-, Raketen- oder Massenvernichtungswaffenprogramm stehen.

- Die Einfuhr von Luxusgütern (wobei diese nicht näher beschrieben werden) wird verboten.
- Vermögensanlagen und wirtschaftliche Ressourcen (sic!), die in Zusammenhang mit den nordkoreanischen Waffenprogrammen stehen, werden eingefroren. Explizit ausgenommen ist vor allem humanitäre Hilfe.

Damit wird kein vollständiges Handelsembargo Nordkoreas angestrebt. Man konzentriert sich stattdessen auf militärische Güter und Luxusartikel. Mit dem Einfrieren ausländischer Konten im Herbst 2005 hatten die USA bereits eine signifikante Wirkung gegenüber dem nordkoreanischen Regime erzielt, so dass die zusätzlichen Finanzsanktionen der UN durchaus effektiv sein könnten. Die Sanktionen zielen vor allem auf die Elite des Landes. Dabei ist bemerkenswert, dass sie nicht versuchen, die Regierung in Pyongyang direkt zu treffen, sondern sich vielmehr indirekt gegen Banken richten, die mit Nordkorea Geschäftsbeziehungen unterhalten. Um sich nicht der Kritik der US-amerikanischen Regierung auszusetzen, meiden die meisten internationalen Banken nunmehr Transaktionen mit nordkoreanischen Partnern. Dieser Sanktionsmechanismus entspricht damit in etwa den Kriterien „intelligenter Sanktionen“, die darauf abzielen, die gesellschaftlichen „Nebenwirkungen“ zu minimieren und die Regierung hart zu treffen.

4. Reaktionsmuster Nordkoreas auf externen Druck

Nordkorea hat verschiedene Reaktionsmuster auf den internationalen Druck entwickelt. Inwieweit es diese nach den jüngsten Wirtschaftssanktionen aufrechterhalten kann, bleibt abzuwarten. Grundsätzlich befindet sich Nordkorea in einem Dilemma. Die Regierung in Pyongyang kann das physische Existenzminimum der Bürger nicht garantieren und ist damit auf Hilfslieferungen angewiesen. Das Regime versucht jedoch, die Bevölkerung in völliger wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit vom Staat zu halten. Der Staat entscheidet beispielsweise über Berufsmöglichkeiten, über den Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem oder über Heiratsmöglichkeiten auf der Grundlage der gesellschaftlichen Klassenzugehörigkeit. Vertikale Mobilität ist weitgehend ausgeschlossen.

Ein *wirtschaftspolitisches* Reaktionsmuster Nordkoreas besteht darin, die desaströse ökonomische Lage auf den externen Druck zurückzuführen und dadurch die verheerende Performanz der eigenen Regierung zu verschleiern. In erster Linie werden dabei die USA zum „Sündenbock“ gemacht. Zudem weicht die nordkoreanische Wirtschaft seit dem Ende des Kalten Krieges immer mehr auf illegale Devisenquellen aus. Über die Höhe der Einnahmen gibt es nur Spekulationen. Eine Reihe von Experten gehen jedoch davon aus, dass Nordkorea ohne illegale Einnahmequellen längst zusammengebrochen wäre. Nordkorea gilt als weltweit drittgrößter Opiumproduzent, wird seit Jahren der Geldwäsche bezichtigt und hat wahrscheinlich Raketentechnologie an den Iran, Irak, Pakistan und Syrien verkauft. Der US-Botschafter bei den UN, John Bolton, bezeichnete Nordkorea 2003 als den bei weitem aggressivsten Verbreiter von Raketen und Raketentechnologie. Obgleich Nordkorea kaum wichtige neue Handelspartner unter anderen „Pariastaaten“ gefunden hat, hat sich die von der Regierung Bush erfundene „Achse des Bösen“ zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entwickelt, da die drei Regime – Iran, Kuba, Nordkorea – in jüngster Zeit ihre Beziehungen untereinander intensiviert haben.

Auf der *diplomatischen* Bühne präsentiert sich Nordkorea als äußerst geschickter Verhandlungspartner. Die Verhandlungsprozesse zeigen dabei auf nordkoreanischer Seite ein sich stets wiederholendes Muster von anfänglicher Zustimmung, Neuinterpretation der Ergebnisse und anschließender Beschuldigung der Gegenseite, die Vereinbarungen nicht eingehalten zu haben. In den letzten zehn Jahren wurden Gespräche von nordkoreanischer Seite zumeist nur temporär unterbrochen. Durch rechtzeitiges Signalisieren von Dialogbereitschaft war man bemüht, einen völligen Zusammenbruch der Verhandlungen zu verhindern; die Teilnahme an Gesprächen hatte sich aufgrund der ausgehandelten Konzessionen in Form von Hilfsmittel- und Energielieferungen oft als lukrativ herausgestellt. Nordkorea weist ein großes Repertoire an taktischen Manövern auf. Oft geht das Regime so weit, dass es mit seiner eigenen Schwäche droht.

Ein weiteres diplomatisches Reaktionsmuster bestand darin, bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zur Lösung der Nuklearfrage die anderen Parteien auseinander zu dividieren. Dies gelang in jüngster Zeit jedoch immer seltener. Zuletzt wurden sogar

Fünf-Parteien-Gespräche unter Ausschluss Nordkoreas diskutiert. Angesichts des Atomtests ist es somit fraglich, ob Nordkorea weiterhin in der Lage ist, den externen Druck wie bisher durch die Spaltung der beteiligten Parteien ins Leere laufen zu lassen.

Pyongyangs Beteuerung, dass es der letzte Wunsch Kim Il Sungs war, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren, ist ebenso eine geläufige Reaktion auf Kritik von außen. Die USA werden dabei zum Aggressor gegen eine friedliebende Nation hochstilisiert, die lediglich um ihr eigenes Überleben besorgt ist. Diese Rhetorik will die Solidarität anderer Länder mobilisieren und zielt nicht zuletzt auf den verbreiteten Antiamerikanismus in Südkorea. Dabei wird ein pankoreanischer Nationalismus beschworen, der sich vor allem aus der historischen Opferrolle des koreanischen Volkes (Invasionen, japanische Kolonialvergangenheit, unverschuldete Teilung) speist und die USA als größtes innerkoreanisches Annäherungshindernis darstellt. Damit ist Nordkorea im internationalen Vergleich mit anderen „Pariastaaten“ jedoch relativ erfolglos geblieben. Während Kuba und der Iran ihren Sozialismus bzw. Islamismus als ideologische Alternative zum Westen darzustellen wussten, ist Nordkorea weitgehend isoliert.

In *militärischer* Hinsicht hat der externe Druck zur Forcierung einer nuklearen Option beigetragen. Die Anfänge dieses Vorhabens liegen in den 1960er Jahren. 1965 wurde ein Forschungsreaktor in Yongbyon mit sowjetischer Starthilfe hochgefahren, in den 1970er und 1980er Jahren wurden 300 nordkoreanische Wissenschaftler in der UdSSR ausgebildet. Ohne die Hilfe der ehemaligen Sowjetunion wäre Nordkorea nicht in der Lage gewesen, einen Atomwaffentest erfolgreich durchzuführen. Die Atombewaffnung hat heute im Wesentlichen zwei Funktionen: Zum einen ist sie eine Trumpfkarte in internationalen Verhandlungen, zum anderen soll sie durch ihre Abschreckungswirkung das nationale Überleben garantieren. Dies galt in ähnlicher Weise schon in den letzten Jahren, als Nordkorea mit einer Atomwaffe drohte; nun hat es seine Karten endgültig auf den Tisch gelegt.

5. Perspektiven

Die Grundfrage bleibt: Ist Nordkorea überhaupt bereit, sein Atomwaffenprogramm aus der Hand zu geben? Und wenn ja, um welchen Preis? Es scheint, dass Nordkorea sich mit dem Atomwaffentest vom Oktober 2006 in eine günstigere Verhandlungsposition begeben wollte, indem es den Nachweis über sein Drohpotenzial erbrachte. Der Atomtest wurde als direkte Reaktion auf die Finanzsanktionen der Regierung Bush vom Herbst 2005 dargestellt und bereits kurz nach dem Test betonte Pyongyang seine Verhandlungsbereitschaft (und drohte zugleich mit seinem Militärapparat). Ob das Regime bereit ist, das eigene Atomwaffenprogramm einzufrieren, ist vor dem Hintergrund der Verhandlungsgeschichte der letzten zehn Jahre zweifelhaft. Bereits die Fortführung der Sechsergespräche – eine weitere Runde soll noch im November oder Dezember 2006 stattfinden – ist für Nordkorea jedoch von Interesse. Das Land hofft, mit dem Aufstieg zur Nuklearmacht seine Hebelwirkung bei Verhandlungen zu vergrößern.

Dies könnte sich jedoch als eine Fehlkalkulation erweisen, wenn die internationale Gemeinschaft den Atomtest nicht nur einstimmig verurteilt, sondern ebenso einträchtig die Resolution umsetzt. Die Wirkkraft der UN-Sanktionen ist vom Willen der Mitgliedsländer abhängig. Der Resolutionstext zielt auf die Inspektion nordkoreanischer Ladungen. Die chinesische Regierung hat jedoch bereits angekündigt, dass man diesem Ansinnen nicht nachkommen werde. Aus Sicht Beijings ist die damit verbundene Eskalationsgefahr zu groß. Damit bleibt die für Nordkorea wichtigste Grenze weiterhin durchlässig.

Der Versuch, mittels Finanzsanktionen Nordkorea von Devisenquellen abzuschneiden, scheint prima facie Erfolg versprechend, wird aber bereits durch das Festhalten der südkoreanischen Regierung an innerkoreanischen Prestigeprojekten – einem Tourismusprojekt im Kumgang-Gebirge und einem Industriepark in Kaesong – konterkariert. Beide Projekte bringen Nordkorea wichtige Devisen ein. Die Regierung in Seoul hat deutlich gemacht, dass diese beiden innerkoreanischen Kooperationsprojekte weitergeführt werden sollen. Die südkoreanische Bevölkerung ist in dieser Frage bisher noch gespalten. Sollte die Stimmung endgültig kippen oder sollten weitere nordkoreanische Provokationen folgen,

ist eine Aussetzung der Projekte nicht mehr auszuschließen.

Der Ansatz, mit einem Embargo auf Rüstungs- und Luxusgüter gegen die nordkoreanische Elite vorzugehen und die hungernde Bevölkerung nicht zu treffen, ist richtig. „Intelligent“ sind die so genannten *smart sanctions* jedoch nur, wenn sie a) in einem größeren regionalen Kontext und b) in einem Konzert verschiedener, zielgerichteter Maßnahmen erfolgen. Beide Vorbedingungen sind im nordkoreanischen Fall aber nicht ausreichend erfüllt. Wenn China und Südkorea die Sanktionen nicht unterstützen und eine harmonisierte Vorgehensweise aller Beteiligten ausbleibt, könnten die Vereinten Nationen als Papiertiger dastehen. Noch scheint es, als ob Nordkorea mit seiner Strategie des Auseinanderdividierens der betroffenen Parteien Erfolg hat. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die internationale Gemeinschaft – wenn auch zähneknirschend – an eine Nuklearmacht Nordkorea und eine noch stärker darben- de Bevölkerung gewöhnen wird.

Literatur

- Choi, Julia und Karin Lee (2006), „North Korea. Economic Sanctions and U.S. Department of Treasury Actions 1955-September 2006“, www.ncnk.org/ncnk (Zugriff am 26.10.2006).
- Europäisches Parlament (2006), Volltext der Entscheidung zu Nordkorea, www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0280+0+DOC+XML+V0//DE (Zugriff am 26.10.2006).
- ICG (International Crisis Group) (2006), „Perilous Journeys: The Plight of North Koreans in China and Beyond“, Asia Report No 122, 26 October 2006, www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4469&l=1 (Zugriff am 30.10.2006).
- US-Kongress (2004), Volltext des North Korean Human Rights Act, www.internationalrelations.house.gov/nkhra.htm (Zugriff am 23.10.2006).
- UN-Sicherheitsrat (2006), Volltext der Resolution 1718 zu Nordkorea, <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/572/07/PDF/N0657207.pdf?OpenElement> (Zugriff am 25.10.2006).

■ Die Autoren

Johannes Gerschewski absolviert an der Universität Passau ein Doppelstudium in den Fächern International Business and Cultural Studies sowie Politikwissenschaft. Er war im Oktober 2006 als Kurzzeitstipendiat am GIGA Institut für Asienkunde.

E-Mail: j.gerschewski@gmx.de.

Dr. habil. Patrick Köllner ist Leiter des GIGA-Forschungsschwerpunkts 1 (Legimität und Effizienz politischer Systeme) und wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asienkunde.

E-Mail: koellner@giga-hamburg.de, Webseite: <http://staff.giga-hamburg.de/koellner>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 (Gewalt, Macht und Sicherheit) beschäftigt sich im Rahmen der Arbeitsgruppe „Pariastaaten“ mit den Reaktionsmustern so genannter Pariastaaten auf externen Druck.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Gerschewski, Johannes (2006), „Die Juche-Ideologie – Zu den regimelegitimierenden Funktionen der nordkoreanischen Ideologie“, in: Patrick Köllner (Hg.), Korea 2006 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 125-156.

Köllner, Patrick (2003), „Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35-36, S. 25-31.

Köllner, Patrick (2004), „Nordkorea – Anmerkungen zu den externen Beziehungen eines ostasiatischen Außenseiters“, in: Erich Reiter (Hg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004, Hamburg: Mittler & Sohn, S. 867-879.

Köllner, Patrick (2006), „Politik und Wirtschaft in Nordkorea 2005/2006“, in: ders. (Hg.), Korea 2006 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 113-123.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Asien wird vom Institut für Asienkunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Thomas Kern; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asienkunde

IMPRESSUM